

ed

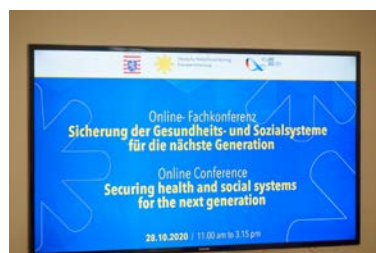


Deutsche Sozialversicherung
Europavertretung

April 2021

Standort Europa

Interessen bündeln, gemeinsam handeln



Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Pandemie hat unsere Gesundheits- und Sozialsysteme weiter fest im Griff und stellt besondere Herausforderungen an die Europäische Union. Ein kluges Management, Transparenz und valide Fakten können helfen, die Krise zu überwinden.

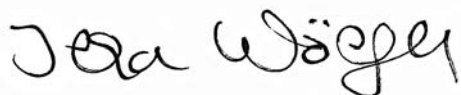
Der deutschen Ratspräsidentschaft gelang im zweiten Halbjahr 2020 das Austarieren unterschiedlicher Interessen nach allgemeinem Brüsseler Eindruck sehr gut. Beim Brexit und bei der Rechtsstaatlichkeit kam es nicht zum Knall, und für die Bekämpfung der Pandemie wurden mit Einverständnis aller 27 Hauptstädte viele Milliarden Euro bereitgestellt. Das kann sich sehen lassen. Auf diesem Weg will nun die portugiesische Ratspräsidentschaft bis Sommer 2021 weiter voranschreiten. Ihr Arbeitsprogramm setzt gute Schwerpunkte. Ich erwarte mir vor allem weitere Diskussionen zur Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln und der Verbesserung der Reaktionsfähigkeit auf Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Auch im sozialen Bereich könnte es vorangehen. Es wäre zu begrüßen, wenn Portugal auf dem im Mai 2021 geplanten Sozialgipfel Fortschritten beim Sozialschutz der Erwerbstätigen einen besonderen Stellenwert einräumen würde.

Die Probleme im Sozial- und Gesundheitsbereich scheinen mir evident. Eine nachhaltige Finanzierung beider Bereiche und eine optimale Versorgung der Versicherten zeigen der kommenden Generation die so dringend benötigte Perspektive auf. Das gilt es anzupacken.

Meinungsaustausch, Milieubetrachtung und Miteinander – dies sind aus meiner Sicht drei Schlüsselbegriffe, um dieses Ziel zu erreichen. Aus diesem Grund hat die Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung unter dem Titel „Sicherung der Gesundheits- und Sozialsysteme für die nächste Generation“ am 28. Oktober 2020 zu einer Fachkonferenz geladen – pandemiebedingt als hybride Live-Konferenz aus Brüssel und Berlin.

Hochrangige Entscheidungsträger aus den EU-Institutionen, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den Vorständen der Spitzenorganisationen der Deutschen Sozialversicherung sowie der Industrie nahmen an den zwei Panels „Arzneimittel für kommende Generationen – mehr Versorgungssicherheit durch strategische Unabhängigkeit?“ sowie „Selbstständige unter dem Druck der Pandemie: Wie sieht die soziale Sicherung für die nächste Generation aus?“ teil. Sie diskutierten interessant und intensiv die momentane Lage in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Erfahren Sie in dieser ed*-Ausgabe mehr über politische Zielsetzungen, fachliche Bewertungen und Herzenswünsche.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!



Ihre Ilka Wölfe

Europa vernetzt sich

Im Fokus der Konferenz: Sicherung der Gesundheits- und Sozialsysteme für die nächste Generation

Am 28. Oktober 2020 organisierte die Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung (DSV) eine Online-Fachkonferenz zu zwei herausragenden Themen aus den Bereichen Gesundheits- und Sozialpolitik. Der Einladung folgten hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus den EU-Institutionen, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Vorstand der Spitzenorganisationen der Deutschen Sozialversicherung sowie auch der Industrie – und fast 900 Gäste.

Zwei Top-Panels diskutierten die aktuellen Themen **„Arzneimittel und die Versorgung für die künftige Generation“** und die **„Absicherung von Selbstständigen während der Corona-Pandemie“**.

Die Konferenz fand digital an zwei Standorten statt – der europäischen Kapitale Brüssel und der deutschen Hauptstadt Berlin. Die Veranstaltung moderierte die Journalistin Conny Czymoch.

Der hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten, **Mark Weinmeister**, begrüßte die virtuell zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer und spannte einen großen

Bogen: Eine der wichtigsten Fragen sei, jüngere Generationen mit den traditionellen und bewährten sozialen Sicherungssystemen zusammenzubringen und dieses Erfolgsmodell für die Zukunft zu bewahren.

Er betonte die Relevanz der Sozialversicherung in Krisenzeiten und die Rolle seit der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 1883. Seither mussten die Sozialversicherungsträger laufend auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren – so auch in der COVID-19-Pandemie. Die Krise

habe Probleme der sozialen Absicherung wie in einem Brennglas herausgestellt.

Die Frage der Arzneimittelversorgung und der strategischen Unabhängigkeit sei bereits vor Beginn der Corona-Pandemie von großer Bedeutung gewesen. Schließlich stelle die Verfügbarkeit von notwendigen Medikamenten ein gemeinsames Anliegen aller Europäerinnen und Europäer dar. Für das Land Hessen, die „Apotheke der Welt“ mit hoher Industriedichte, habe dies auch ökonomische Auswirkungen.

Veranstaltungsrealität in der Pandemie:
Technik statt Publikum



Ilka Wölfle, Direktorin der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung



„Die Pandemie hat eine Reihe von Bereichen aufgedeckt, in denen Europa widerstandsfähiger werden muss.“

Ilka Wölfle, Direktorin der Europavertretung, eröffnete die Konferenz aus dem improvisierten Fernsehstudio in der EU-Vertretung des Landes Hessen. Ihr inhaltlicher Fokus stand ganz im Zeichen des Themas der ersten Diskussionsrunde „Arzneimittel für kommende Generationen“: „Die Pandemie hat eine Reihe von Bereichen aufgedeckt, in denen Europa widerstandsfähiger werden muss.“ Und: „Sollten wir aber künftig unsere Medikamente nur noch in Europa produzieren wollen, müssen wir fragen, ob dies in einer internationalen Arbeitsteilung realistisch ist.“ Ilka Wölfle hob vor allem den Mangel an Medizinprodukten und Arzneimitteln gerade am Anfang der Pandemie sowie den künftigen Zugang zu Arzneimitteln und die Vermeidung von Abhängigkeiten bei der Wirkstoffherstellung hervor. ✨




Programm

Online-Konferenz zur Sicherung der Gesundheits- und Sozialsysteme für die nächste Generation

Selbstständige unter dem Druck der Pandemie: Wie sieht die soziale Sicherung für die nächste Generation aus?

Einladung

Online-Fachkonferenz
Sicherung der Gesundheits- und Sozialsysteme für die nächste Generation

28.10.20
11:00 bis 15:15 Uhr

Die Veranstaltung ist Teil des assoziierten Programms des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020.

Durch das Programm führt
Conny Czymoch, Journalistin und Moderatorin

11:00 – Begrüßung und Eröffnung
11:10 Mark Weinmeister, Hessischer Staatssekretär für Europaangelegenheiten
Ilka Wölfle, Direktorin der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung

Arzneimittel für kommende Generationen – mehr Versorgungssicherheit durch strategische Unabhängigkeit?

11:10 – Impuls
11:15 Tiemo Wölken, Abgeordneter des Europäischen Parlaments

11:15 – Podiumsdiskussion
12:15 Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende GKV-Spitzenverband
Sylvain Giraud, Abteilungsleiter für medizinische Produkte, Europäische Kommission
Tiemo Wölken, Abgeordneter des Europäischen Parlaments
Dr. Günther Sidl, Abgeordneter des Europäischen Parlaments
Nathalie Moll, Generaldirektorin, European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations

14:00 – Begrüßung und Eröffnung
14:10 Ilka Wölfle, Direktorin der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung
Björn Böhning, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

14:10 – Impuls
14:15 Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, Europäische Kommission

14:15 – Podiumsdiskussion
15:15 Björn Böhning, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Gundula Roffbach, Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund
Dr. Edlyn Höller, stv. Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung
Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, Europäische Kommission
Dennis Radtke, Abgeordneter des Europäischen Parlaments



Deutsche Sozialversicherung Europavertretung
Rue d'Aulx 50, 1000 Brüssel, Belgien
www.dsv-europa.de
info@dsv-europa.de

Folgen Sie uns auf
#DSV_EU
#nextgenerationsocialsecurity

Mit freundlicher Unterstützung der Vertretung des Landes Hessen bei der EU.



Panel 1: Mehr Versorgungssicherheit durch strategische Unabhängigkeit?

Der deutsche SPD-Europaabgeordnete **Tiemo Wölken** zog in seinem Impulsreferat grundsätzliche Linien: „Ein universeller Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung zu erschwinglichen Kosten für den Einzelnen und die Gesellschaft ist nicht nur ein Grundbedürfnis, es gehört zu den gemeinsamen Werten und Grundsätzen in der Europäischen Union – verankert in der Grundrechtecharta.“ Dazu zähle auch die Versorgung mit Arzneimitteln. Die COVID-19-Pandemie zeige, dass die EU in Krisensituationen widerstandsfähiger werden müsse. Insbesondere zu Beginn der Pandemie wurden große Anstrengungen für ein koordiniertes Handeln zwischen den Mitgliedstaaten unternommen. Temporäre Schließungen der Grenzen und Ausfuhrstopps oder die nationale Bevorratung medizinischer Versorgungsgüter – dies berge Risiken im EU-weiten Zugang zu Arzneimitteln und für die medizinische Versorgung.

Diese Situation habe die Abhängigkeit von funktionierenden Lieferketten vor Augen geführt. Diese reichten über die EU-Grenzen hinaus. Häufig bestünden Abhängigkeiten von singulären Produktionsstätten in Drittstaaten. Wölken hinterfragte kritisch, ob eine Rückholung der Produktion nach Europa ein realistisches Szenario und die Lösung darstelle. Vielmehr sehe er den Gesetzgeber in der Verantwortung, die EU als Produktionsstandort attraktiver zu gestalten. *

Transparenz in den Lieferketten und Diversifizierung der Produktionsstandorte für Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln in der EU

Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, teilte die Auffassung, dass die Mitgliedstaaten in Verteilungsfragen medizinischer Güter solidarischer agieren müssen. „Persönliche Schutzausrüstung sind keine Hightech-Produkte. Hier müssen wir zu ausreichenden Produktionskapazitäten in Europa kommen. Eine Situation, in der man sich weltweit ehemalige Pfennigprodukte zu Höchstpreisen gegenseitig weg kauft, darf nicht wieder eintreten.“

Tiemo Wölken, Mitglied des Europäischen Parlaments



„Ein universeller Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung zu erschwinglichen Kosten für den Einzelnen und die Gesellschaft ist nicht nur ein Grundbedürfnis, es gehört zu den gemeinsamen Werten und Grundsätzen in der Europäischen Union – verankert in der Grundrechtecharta.“

Auch das deutsche Gesundheitswesen müsse sich an die neuen Rahmenbedingungen anpassen. Wichtig sei, dass die Systeme in Europa funktionsfähig und finanzierbar bleiben. Dies treffe auch auf die Versorgung mit Arzneimitteln zu. Ungleichheiten im Zugang zur Versorgung mit Arzneimitteln müssten abgebaut werden.

Pfeiffers Hauptanliegen war es, Transparenz über die Produktion und Lieferketten von essenziellen Arzneimitteln

Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende
des GKV-Spitzenverbandes



„In Europa benötigen wir mehr Transparenz über die Produktion und Verteilung von Arzneimitteln.“

herzustellen. Nur so könne man die Probleme in der Produktion, welche sich auf die Versorgungssituation in Europa auswirken, identifizieren. Auch die Diversifizierung von Produktionsstandorten spiele hierbei eine tragende Rolle. ✨

Solidarität und Kooperation zum Schutz der öffentlichen Gesundheit in der EU

Gemeinsam sind wir stark. Das ist die Leitlinie der Europäischen Kommission in der Krise. **Sylvain Giraud**, Leiter der Abteilung Medizinprodukte aus der Generaldirektion Gesundheit hob hervor: „Wir müssen die Koordinierung der Behörden der Mitgliedstaaten in Krisensituationen stärken. Die EU-Kommission wird vorschlagen, die Kapazitäten der Agenturen ECDC und EMA auszubauen.“ Die Mitgliedstaaten hätten einerseits fragmentiert und aufgrund unterschiedlicher nationaler Vorgaben und Voraussetzungen zunächst unkoordiniert agiert. Zukünftig müsse die Absprache von Helsinki nach Lissabon sowie den Institutionen der Europäischen Union eine bedeutendere Rolle spielen.

Die Europäische Kommission sieht drei Handlungsfelder: Erstens sollte das Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Europäische Arzneimittel-Agentur Arzneimittelagentur (EMA) mit zentralen Funktionen und Aufgaben der Krisenbewältigung ausgestattet werden. Hierzu wurden im Herbst 2020 Legislativvorschläge veröffentlicht. Die Europäische Kommission beabsichtigt darüber hinaus die Gründung einer Agentur für fortgeschrittene biomedizinische Forschung und Entwicklung am Beispiel der US-amerikanischen Biomedical Advanced Research and Development Authority (BARDA). Der Legislativtext wird für 2021 erwartet.

Zweitens sorgten funktionierende Systeme mit ausreichendem Versicherungsschutz für eine gesellschaftliche Sicherheit und sicherten ökonomischen Wohlstand sowie den sozialen Zusammenhalt. Voraussetzung sei dabei, dass die sozialen Sicherungssysteme in Krisensituationen wie dieser widerstandsfähig aufgestellt seien.

Sylvain Giraud, Leiter der Abteilung Medizin-
produkte in der Europäischen Kommission



“The crisis shows how important health systems, health coverage insurance and social protection are as a basis for economic prosperity and social cohesion.“

Als drittes Element sei die Verfügbarkeit und Liefersicherheit sowie die Sicherstellung des Zugangs für alle EU-Bürgerinnen und Bürger zu Arzneimitteln entscheidend. Engpässe könnten struktureller Natur sein, zum Beispiel auf Basis ungenügender nationaler Gesetzgebung. *

Standortfrage Europa – Finanzierbarkeit und Attraktivität der Rahmenbedingungen

Mehr Europa – unter diese Überschrift stellte auch der österreichische SPÖ-Europaabgeordnete **Dr. Günther Sidl** sein Statement.

Die Krise habe gezeigt, dass Mitgliedstaaten mit guten Gesundheits- und Sozialsystemen bislang besser durch die Krise gekommen seien. „Ein stärkeres Vorsorgedenken muss in europäische Gesetzgebung implementiert werden.“ Daher sei auch jetzt nicht die Zeit für Diskussionen um Liberalisierung und Privatisierung von Gesundheitssystemen.

Dr. Günther Sidl, Mitglied des Europäischen Parlaments



„Ein stärkeres Vorsorgedenken muss in die europäische Gesetzgebung implementiert werden.“

Mit Blick auf die Diskussion um die Attraktivität von Standorten für Hersteller sollte nicht nur an Produktionsbedingungen, sondern auch an die Forschung und Entwicklung gedacht werden. *

Mehr Transparenz über das Versorgungsgeschehen erlaubt, die Versorgung und Innovation stärker am tatsächlichen Nutzen für Patientinnen und Patienten in Europa auszurichten

Nathalie Moll, Direktorin der European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations, zieht viele Lehren aus der Krise. Das Hauptaugenmerk der Industrie liege bei einer Bereitschaftsplanung für kritische Arzneimittel. Damit sind die Hersteller seit Dezember 2019 beschäftigt, um der Nachfrage gerecht werden zu können.

Auch sie sprach sich für mehr Transparenz und Informationen darüber aus, welcher Bedarf bestehe. „Ver-

Natalie Moll, Direktorin der European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations



”European solidarity needs reinforced capacity in monitoring and assessing national and regional health care needs.“

stärkte Kapazitäten zur Überwachung und Bewertung des nationalen und regionalen Gesundheitsbedarfs stärken die europäische Solidarität.“ Bislang sei oft unklar, welches Arzneimittel, wann, wo und in welcher Menge von Mitgliedstaaten nachgefragt werden kann.

Zentrale Handlungsfelder sehe die Industrie darin, dass mehr europäische Solidarität und gemeinsame Kapazitäten benötigt würden, um grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren kooperativ zu lösen. Auch das Ökosystem für Forschung und Entwicklung müsse nachhaltig gestaltet werden. Dieses lasse sich nicht auf Knopfdruck ein- oder ausschalten. Ein Großteil innovativer Arzneimittel (77 Prozent) würde weiterhin in Europa produziert. Die Industrie sei jedenfalls in der Lage, die Produktion einzelner Arzneimittel in einer Pandemiesituation deutlich zu erhöhen. ✱

Panel 2: Selbstständige unter dem Druck der Pandemie: Wie sieht die soziale Sicherung für die nächste Generation aus?

Direktorin **Ilka Wölfle** ging in ihrer Eröffnung für das zweite Panel auf die Probleme der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme ein. Diese stünden ohnehin schon durch den Wandel der Arbeitswelt unter Druck. Vor allem die Situation Selbstständiger habe sich vor dem Hintergrund der Digitalisierung in den letzten Jahren verändert, einhergehend mit neuen Arbeitsformen über elektronische Plattformen. Deren Betreiber müssten verstärkt in die Verantwortung genommen werden. „Besonders die Selbstständigen traf und trifft die Krise hart.“ Auf EU-Ebene könnten Plattform-Betreiber über einen grenzüberschreitenden Datenaustausch und verbesserter internationaler Zusammenarbeit von Steuer- und Sozialbehörden unterstützt werden.

Den Impuls für die Panel-Diskussion gab für die Europäische Kommission **Dana-Carmen Bachmann**, Leiterin der Abteilung für Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme (Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Inklusion). Bachmann folgte zunächst dem Diskurs der in der Krise „besonders“ betroffenen Gruppen von Arbeits-

kräften, insbesondere der Selbstständigen, bei denen sich der mangelhafte Schutz bei Arbeitslosigkeit, krankheitsbedingtem Einkommensausfall und Berufskrankheiten mit besonderer Härte gezeigt habe.

Viele Mitgliedstaaten hätten den Betroffenen mit „Notfallmaßnahmen“ unter die Arme gegriffen. Man müsse nun überlegen, ob diese Instrumente in Zukunft in einer etwas „strukturierten Weise“ ausgebaut werden könnten.

Der Zugang zum Sozialschutz „für alle“ werde auch Bestandteil des Kommissions-Aktionsplans zur Europäischen Säule sozialer Rechte sein. ✱

Grenz- und bereichsübergreifende Kooperation

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), **Björn Böhning**, eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Vorstellung des Mottos #mysocialeurope:

Dana-Carmen Bachmann, Leiterin der Abteilung für Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme in der Europäischen Kommission



”Pressure of digitalization changes the world of work.“

Solidarisch und stark für das Europa von morgen im Zuge des deutschen Ratsvorsitzes. Die COVID-19-Pandemie zeige, wie wichtig soziale Sicherheit sei. Niemand dürfe zurückgelassen werden - „Sozialschutz soll für jeden gelten.“

Plattformarbeit sei unter anderem deshalb so brisant, weil „traditionelle“, von Arbeitnehmern verrichtete Tätigkeiten in eine Vielzahl von Einzelaufgaben gesplittet werden könnten und dann in Arbeitsformen verrichtet würden, bei denen der Arbeitnehmerschutz verloren gehe. Man habe es dann mit „unfreien Selbstständigen“ zu tun. Unter neuem Gewand stellten sich alte Fragen des Arbeits- und Sozialschutzes: Sind Selbstständige nicht genauso schutzbedürftig wie Angestellte? Bei der Vielfalt der Plattformarbeit werde es nicht den „einen“ Ansatz geben.

Eine Wettbewerbsordnung für faire Plattformwirtschaft, im Sinne eines EU-Rahmens, sollte für gemeinsame Regeln für Plattformen sorgen. Ziel sollte sein, Plattformen, die

Björn Böhning, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales



„Der Dreiklang aus Wirtschaft, demokratischem Fundament und sozialer Sicherung macht uns in Krisen widerstandsfähig.“

sozialen Schutz von Beschäftigten vernachlässigen, in die Pflicht zu nehmen. Daher begrüße das BMAS den von der Europäischen Kommission angekündigten Rechtsakt zum Thema. Auch sei es sinnvoll, auf europäischer Ebene Meldesysteme für Einkommen aus Plattformarbeit zu etablieren, um mehr Informationen zur Einkommenserzielung über Plattformen zu erhalten. Auf nationaler Ebene erwähnte Böhning vor allem das Vorhaben, die Altersvorsorgepflicht aller Selbstständigen noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. *

Nachhaltige Finanzierung der Systeme

Die Positionen der Deutschen Sozialversicherung vertraten auf dem Panel Gundula Roßbach, Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund, und Dr. Edlyn Höller, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung.

„Wann ist jemand Arbeitnehmer oder selbstständig, wann ist eine Plattform Arbeitgeber oder Vermittler?“ Das sind die wesentlichen Fragen in der Plattformökonomie.

Roßbach wies auf die Bedeutung einer Altersvorsorgepflicht für Selbstständige hin. Nicht nur viele Solo-Selbstständige seien im Alter einem erhöhten Risiko ausgesetzt, auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein. Auch die zunehmende Technologisierung und steigende Beschäftigtenzahlen in der Plattformökonomie – mit oftmals prekären Beschäftigungsbedingungen – förderten dieses Risiko.

Eine Studie der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) zeige, dass viele Menschen in Hybridmodellen beschäftigt seien: Selbstständige (Plattform-) Beschäftigung trete immer öfter neben den eigentlichen Job, um zusätzliche Verdienstmöglichkeiten auszuschöpfen oder den Schritt in eine neue Selbstständigkeit finanziell abzusichern. Daraus ergebe sich die Tendenz, eine die Hauptbeschäftigung ersetzende Plattformarbeit später in Vollzeit zu verrichten. Die Frage „Wann ist jemand Arbeitnehmer oder selbstständig, wann ist eine Plattform Arbeitgeber oder Vermittler?“ werde deshalb im Hinblick auf den Umfang und die Ausgestaltung des Sozialschutzes zunehmend relevant.

Die Abgrenzung von Beschäftigung und Selbstständigkeit sei eine Herausforderung für alle Statusfeststellungsver-

fahren. Hierbei gehe es – was die konkrete Ausgestaltung des Beschäftigungsverhältnisses (Arbeitsorganisation, Weisungs- und Kontrollfunktionen) betreffe – oftmals um eine „Wertungsfrage“. Zu klären sei auch: Tritt die Plattform nur wie ein Vermittler auf („Marktplatzfunktion“) oder erfüllt sie eine Arbeitgeberfunktion? Vertragliche Regelungen und gelebte Realität wichen oftmals voneinander ab.

Um die vollständige Erfassung der Beitragspflichten von Plattformbeschäftigten sicherzustellen, könne auf bereits vorhandene Daten zurückgegriffen werden. So könnten Umsatz- und Beschäftigungsdaten unmittelbar von Plattformen oder über Finanzbehörden gemeldet werden. Da nationale Meldepflichten sich bei international tätigen Plattformen allerdings nur schwer durchsetzen ließen,

sei es wichtig, europäische Lösungen – wie ein einheitliches digitales Meldesystem („Single Digital Window“) – bzw. langfristig auch internationale Lösungen anzustreben.

Dr. Höller sieht ausdrücklich eine Verschiebung von abhängiger zu selbstständiger Beschäftigung. Sie warb explizit für eine europäische Sozialversicherungsnummer. Dies wäre ein „wichtiger Baustein zur Identifikation der Personen, die ihre Tätigkeiten auf der Plattform zur Verfügung stellen.“ Die Expertin bestätigte, dass auch angesichts von Plattformarbeit der gesetzliche Rahmen für den Sozialschutz nicht neu erfunden, aber neu justiert werden müsse. Jeder Mensch habe das gleiche Sicherheitsbedürfnis gegen das Risiko eines Arbeitsunfalls oder eine Berufskrankheit. ✨

Gundula Roßbach,
Präsidentin der DRV Bund



„Wann ist jemand Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder selbstständig? Das sind die wesentlichen Fragen in der Plattformökonomie.“

Dr. Edlyn Höller, stv. Hauptgeschäftsführerin der DGUV



„Eine Europäische Sozialversicherungsnummer wäre ein wichtiger Baustein zur Identifikation der Personen, die ihre Tätigkeiten auf der Plattform zu Verfügung stellen.“

Europa als Marktmacht gegenüber den Plattformen

Zugespißt formulierte der deutsche CDU-Europaabgeordnete **Dennis Radtke** beim Thema Marktmacht und Plattformen. Der Sozialexperte und Koordinator der EVP-Fraktion im Beschäftigungsausschuss stellte klar: „Die Politik soll nicht bewerten, ob die aktuellen Entwicklungen auf dem Feld der Plattformarbeit gut sind, sondern muss einen angemessenen Rahmen schaffen.“ Zur Anpassung an die veränderte Arbeitswelt reiche es nicht, alte Regeln anzuwenden; es bedürfe neuer. Sie müssten der Heterogenität der verschiedenen Formen von Plattformarbeit gerecht werden. „Plattformarbeit ist nicht gleich Plattformarbeit. Der Pizzabote von Deliveroo kann nicht mit einem Ingenieur oder Programmierer gleichgesetzt sein.“

Darüber dürften aber auch nationale Aufgaben nicht vernachlässigt werden, etwa der Ausbau der Versicherungspflicht für Selbstständige oder die Verhinderung und Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit.

Abschließend wurde noch das Ergebnis einer „Slido-Abstimmung“ unter den Teilnehmenden vorgestellt. Gefragt wurde, wer die Kosten für den Ausbau des Sozialschutzes von Selbstständigen tragen soll. Eine überwältigende Mehrheit stimmte dafür, dass die finanzielle Hauptverantwortung bei den Selbstständigen selbst liegen solle. Immerhin ein Fünftel aber sah den Staat in der Verantwortung – aus allgemeinen Steuermitteln. ✱

Dennis Radtke, Mitglied des Europäischen Parlaments



„Plattformarbeit ist nicht gleich Plattformarbeit. Der Pizzabote von Deliveroo kann nicht mit einem Ingenieur oder Programmierer gleichgesetzt sein. Aufgabe der Politik ist, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen.“

Informationen und Videos rund um unsere Online- Fachkonferenz

Das Programm zum Nachlesen finden Sie hier unter
https://dsv-europa.de/lib/Veranstaltung/DSVAE_Einladung_Online-Konferenz-28.10.2020.pdf.

Weitere Eindrücke erhalten Sie auf unserer Website unter
www.dsv-europa.de sowie auf unserem Twitteraccount
unter @DSV_EU.



- Die Eröffnung und das Panel 1 von 11.00-12.30 Uhr der Konferenz können Sie hier online ansehen unter <https://www.youtube.com/watch?v=pSHDfCqNxey>
- Die Begrüßung und das Panel 2 der Konferenz von 14.00-15.15 Uhr können Sie hier online ansehen unter <https://www.youtube.com/watch?v=g9qn4MvTCLQ&t=1089s>

Kontakt

Deutsche Sozialversicherung
Europavertretung

Rue d'Arlon 50
1000 Brüssel
Fon: +32 (2) 282 05 50
E-Mail: info@dsv-europa.de
www.dsv-europa.de

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:
Deutsche Sozialversicherung
Europavertretung im Auftrag
der Spitzenverbände der Deutschen
Sozialversicherung
Direktorin: Ilka Wölfle, LL.M.

Redaktion: Ilka Wölfle,
Ulrich Mohr,
Isolde Fastner,
Robin Bauer,
Dr. Wolfgang Schulz-Weidner,
Stefani Wolfgarten
Iris Kampf.

Produktion: mails and more –
Service für Dialogmarketing GmbH

Grafik/Layout: Naumilkat – Agentur
für Kommunikation und Design

Bildnachweis: Tom Maelsa, Berlin,
Felix Kindermann, Brüssel